WP-05-210-2 Ein Land der Freiheit, Sicherheit und Erneuerung

Antragsteller*in: Tobias Bröcker (KV Siegen-Wittgenstein)

Änderungsantrag zu WP-05

Von Zeile 209 bis 213:
für ihre gestiegenen Aufgaben, indem wir den Verbundsatz im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) weiter schrittweise ~~anheben. Tempo und Umfang der weiteren Umsetzung richten wir nach der allgemeinen Steuerentwicklung – je besser sie verläuft, desto schneller gehen wir voran.~~bis zum Ende der Wahlperiode auf 28,5% anheben. Das verbessert unmittelbar die Finanzlage der Kommunen und erleichtert die Finanzierung sowohl pflichtiger

Begründung

2025 lagen die Ausgaben der Kommunen in NRW etwa 9 Milliarden Euro über den Ausgaben. Die Rücklagen der meisten Kommunen sind allmählich aufgezerrt, einige Kommunen mussten bereits Haushaltssicherungen einrichten. Dies hat gravierende negative Auswirkungen auf die Bürger*innen, Kommunen und Kommunalpolitik.

Bürger:innen spüren die Auswirkungen zuerst, insbesondere die junge Generation. Marode Schulen, Frei- und Hallenbäder die schließen müssen und kulturelle Angebote, die nicht mehr finanziert werden können führen zu Chancenungleichheit, Frustration und im schlimmsten Fall zu einem Abwenden von der Demokratie. Es entsteht der Eindruck, dass der Staat in Form der Gemeindeverwaltung nicht mehr handlungsfähig ist.

Unser gesamtes Kapitel WP-03 „Ein Land der Chancen“ können wir im Grunde genommen streichen, wenn die Kommunen kein Geld für Schulen und andere Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien haben. In vollen nicht digitalisierten Klassenzimmern mit 31 Schüler*innen innerhalb von maroden Gebäuden brauchen wir erst gar nicht über gelungene Inklusion, das Internet-ABC und Co reden. Aufgrund fehlender finanzieller Möglichkeiten können Kommunen leider keine Schulgebäude sanieren, modernisieren, digitalisieren, erweitern oder neu bauen.

Last but not least das größte Problem aufgrund des finanziellen Ausblutens der Kommunen: Wenn es nur noch darum geht, ob der Kreis oder die Kommune zu wenig spart, welche freiwillige Leistung als nächstes gestrichen oder welches Bauvorhaben als nächstes gestoppt wird, ob man „freiwillig“ auf die Aufwandsentschädigung verzichtet, weil die Kasse leer ist und obendrein die Bürger:innen auf die Lokalpolitiker:innen schimpfen, weil das Freibad schließt oder die Schultoilette nicht mehr benutzbar ist – wer möchte da noch Kommunalpolitik machen? Wir steuern auf ein riesiges Demokratiedefizit zu, wenn es am Ende nur noch Berufspolitiker:innen auf Landes- und Bundesebene gibt und für ehrenamtliche Kommunalpolitik am Ende kaum noch jemand zur Wahl steht!

Deshalb: Die Anhebung des Verbundsatzes muss deutlich entlastend und spürbar sein. Deshalb machen auch die 0,5% mehr im Vergleich zum Antrag von Albert Wenzel (KV Münster) einen deutlichen Unterschied. 28,5% war der Wert Anfang der 80er. Und die Finanzierung der Kommunen muss gesichert werden, „Tempo und Umfang“ müssen dabei unabhängig von „der allgemeinen Steuerentwicklung“ sein, es muss einen festen Fahrplan für die Kommunen geben!

Unterstützer*innen

Michael Hartwich (KV Siegen-Wittgenstein); Ulrich Schmidt-Kalteich (KV Siegen-Wittgenstein); Claudia Neuse (KV Bochum); Udo Blöcher (KV Siegen-Wittgenstein); Lukas Lörk (KV Siegen-Wittgenstein); Elmar Köninger (KV Siegen-Wittgenstein); Nadine Hartwich (KV Siegen-Wittgenstein); Michael Wibbelt (KV Siegen-Wittgenstein); Wiltrud Kampling (KV Steinfurt); Julian Kirchner (KV Siegen-Wittgenstein); Kerstin Böhm (KV Siegen-Wittgenstein); Daniel Quast (KV Siegen-Wittgenstein); Ralf Klaus Görtz (KV Siegen-Wittgenstein); Jörg Koblenzer (KV Siegen-Wittgenstein); Monika Six (KV Siegen-Wittgenstein); Dieter Gebauer (KV Siegen-Wittgenstein); Michèle Doré (KV Hamm); Marcel Friedrich Eduard Feldmann (OV Siegen); Sören Linus Krombach (KV Siegen-Wittgenstein)